

In Schulen auf das Leben und die Lebensrettung vorbereiten.

Schulen sollen auf das Leben vorbereiten. Doch im Leben kann es auch vorkommen, dass in einer Notsituation anderen Menschen geholfen werden muss. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN BRANDENBURG setzt sich dafür ein, dass jede und jeder die notwendigen Kenntnisse hat, als Ersthelfer*in Leben retten zu können. Dabei kann gerade die Schule der Ort sein, um junge Menschen frühzeitig auf diesen Aspekt vorzubereiten. Denn Kinder und Jugendliche werden oft gerade auf dem Schulweg Opfer von (Verkehrs-)Unfällen. Während der Schulausschuss der Kultusministerkonferenz im Jahr 2014 Reanimation als Pflichtthema an Schulen empfohlen hat, findet sich diese Empfehlung im neuen Rahmenlehrplan des Landes Brandenburg jedoch mit keinem Wort wieder. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN BRANDENBURG fordern daher, Erste-Hilfe-Kurse an Schulen verpflichtend einzuführen. In weiterführenden Schulen in Brandenburg muss in der Sekundarstufe I (7.-10. Klasse) ein Erste-Hilfe-Kurs im Rahmen von mindestens 8 Unterrichtsstunden bzw. einem Tag verpflichtend durchgeführt werden. In der Sekundarstufe II soll dieses Wissen zudem aufgefrischt werden. Um den Unterrichtsausfall gering zu halten, kann diese Schulung beispielsweise auch an einem gesonderten Projekttag geschehen.

Auffrischkurse für Erwachsene kostenlos anbieten

Es reicht jedoch nicht aus, nur Jugendliche zu Ersthelfer*innen auszubilden. Denn Kenntnisse, die über Jahre nicht angewandt werden, gehen verloren. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN BRANDENBURG fordern daher, dass Regelungen geschaffen werden, durch welche die Krankenkassen dazu verpflichtet werden, Erste-Hilfe-Kurse selbst anzubieten oder die Kosten hierfür zu übernehmen. Einige Kassen tun dies bereits. Teilnehmer*innen an Erste-Hilfe-Kursen können alternativ – auch dies wird von einigen Kassen bereits so gehandhabt – durch die Teilnahme bspw. Rabatte im gleichen Wert zu ihren Beiträgen erhalten. Denn durch gut ausgebildete Ersthelfer*innen können nicht nur Menschenleben gerettet werden, es reduzieren sich auch die Kosten für die Krankenkassen.